

Senatsbeschlüsse

der 175. Sitzung des Senats

am 04.09.2018, 11:15 Uhr

4275.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 28. bis 30.08.2018

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 28. bis 30. August 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 28. August 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 29. August 2018)

Nr. 19/526 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

11. Ortsgesetz über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen

- An der kleinen Geest
- Vor den Ahnewelgen
- Landschaftsschutzgebiet
- Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2018

(Drucksache [19/783 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/527 S

**Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet
„Naherholungsgebiet Bultensee“**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 21. März 2018

(Neufassung der Drucksache [19/746 S](#) vom 6. März 2018)

(Drucksache [19/753 S](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/528 S

Fragestunde

1. Kann der Senat die „Starthilfe Grohn“ besser unterstützen?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Detlef Scharf, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Juni 2018
2. Schulsport im Stadtteil Gröpelingen
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Juni 2018
3. Angriffe auf Ärzte und Rettungskräfte
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 18. Juni 2018
4. Bettler in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 18. Juni 2018
5. Indexausstattung in den Kindertageseinrichtungen für sozial benachteiligte Kinder
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2018
6. Kinder mit durch das Gesundheitsamt attestiertem zusätzlichem Förderbedarf und ihre Förderung durch zusätzliche Personalressourcen (sogenannte Schwerpunktgruppen)
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2018
7. Wie viele zwangsweise Entgiftungen von Jugendlichen wurden in Bremen beantragt?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2018

8. Hallenplanung für Schulen und Vereine in Gröpelingen und Grambke
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. Juni 2018

9. Arbeit am Gewerbeentwicklungsprogramm 2030
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Juli 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Welche konkreten Lernangebote gibt es in der zweiten Phase der Bremer Integrationsqualifizierung (BIQ 2)?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Juli 2018

11. Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Bremen
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 2. August 2018

12. Fehlt es in Bremen an Innovationen?
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. August 2018

13. Neubau des Westbades
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 22. August 2018

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/529 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Planung statt Wahlkampf – Bäderkonzept sachgerecht überarbeiten"

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/530 S

Westbad an gestiegene Bedarfe anpassen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Juli 2018
(Drucksache [19/817 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/531 S

Planung und Umsetzung des Bäderkonzepts vorantreiben

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/836 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft bekräftigt ihren Beschluss zum Bäderkonzept und fordert den Senat auf, die Planung und Umsetzung weiter voranzutreiben und weitere Verzögerungen möglichst zu vermeiden.
2. Die Stadtbürgerschaft begrüßt, dass die Planungen zum Westbad neu ausgeschrieben wurden und bekräftigt, dass das Westbad mit ausreichend Wasserflächen für Wassergewöhnung, Schul- und Lehrschwimmen aufgestellt werden soll.
3. Die Stadtbürgerschaft erwartet vom Senat, bei der Konkretisierung der weiteren im Bäderkonzept vorgesehenen Planungen alle Nutzergruppen des Westbades angemessen zu beteiligen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend), die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/532 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 27. August 2018

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Flächennutzungsplan Bremen
6. Änderung
Bremen-Osterholz (Ellener Hof)
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/809 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 6. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Veröffentlichung als Amtliche Bekanntmachung.

2. Bebauungsplan 2459
für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ludwig-Roselius-Allee,
westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof
– Neuer Ellener Hof
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/810 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2459.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

3. Flächennutzungsplan Bremen
7. Änderung
Bremen-Oberneuland (Mühlenfeldstraße)
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/811 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Veröffentlichung als Amtliche Bekanntmachung.

4. Bebauungsplan 2370
für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/812 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2370.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 132
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße, nordwestlich des Schuppen 3
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/813 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 132.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

6. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/827 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/533 S

Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Juli 2018
(Drucksache [19/821 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/534 S

Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/592 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2018
(Neufassung der Drucksache [19/691 S](#) vom 21. November 2017)
(Drucksache [19/807 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/535 S

**Kommunales Wohnen in Bremen – Bestandsentwicklung,
Mietentwicklung und Steuerung bei der GEWOBA**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. April 2018
(Drucksache [19/759 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2018
(Drucksache [19/799 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/536 S

**Wider das Vergessen – Bremer Erinnerungskonzept für die Opfer des
NS-Regimes**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 27. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/826 S](#) vom 14. August 2018)
(Drucksache [19/834 S](#))

I.

1. Es wird ein Forum geeigneter Einrichtungen, Gruppen, Vereine, Projekte und Personen beim Präsidium der Bremischen Bürgerschaft eingerichtet, das unter der Heranziehung und konzeptioneller Vorbereitung und Beratung der Landeszentrale für politische Bildung einen Vorschlag erarbeitet, wie das ergänzende Element „Arisierungsmahnmal“ konzeptionell in die Bremer Erinnerungslandschaft eingebunden und diese Erinnerungslandschaft fortentwickelt, verknüpft und gestärkt werden kann. Wesentliche Bestandteile dieser Konzeption sollen sein: Die Fortentwicklung unterschiedlicher Formen des öffentlichen Erinnerns an die Leiden von NS-Verfolgten und die Bremer Täterinnen und Täter und ihrer Helferinnen und Helfer, die von der Schaffung oder Markierung korrespondierender Erinnerungsorte über pädagogische Angebote der politischen Bildung bis hin zu öffentlichen Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen reichen.
2. Im Rahmen der Erstellung der Erinnerungskonzeption soll eine öffentliche Anhörung unter Teilnahme der Jüdischen Gemeinde Bremen, des Vereins „Erinnern für die Zukunft“, geeigneter Vertretungen nichtjüdischer Opfer- und Verfolgtengruppen und den bewährten Trägern und Akteuren der Bremer Erinnerungslandschaft durchgeführt werden.

3. Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft wird gebeten, der Stadtbürgerschaft sechs Monate nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.
- II. Der Senat wird gebeten, die zur Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 19/401 S („Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die massenhafte Beraubung europäischer Jüdinnen und Juden durch das NS-Regime und die Beteiligung bremischer Unternehmen, Behörden und Bürgerinnen und Bürger“) erforderlichen, bereits aufgenommenen Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen konstruktiv und zügig weiterzuführen und über entsprechende Ergebnisse anlassbezogen in der städtischen Deputation für Kultur zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Kultur (federführend), die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatskanzlei zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/537 S

Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. Juni 2017
(Drucksache [19/514 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/538 S

Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern

Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kultur
vom 19. Juli 2018
(Drucksache [19/820 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Kultur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/539 S

Bericht des städtischen Petitionsausschuss Nr. 30

vom 17. August 2018
(Drucksache [19/831 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/540 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Entwicklung des Baumbestandes und Bewirtschaftung durch den Umweltbetrieb
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/760 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2018
(Drucksache [19/800 S](#))
2. Grün erhalten – Baumschutz stärken!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Mai 2018
(Drucksache [19/772 S](#))
3. Verkehrssicherheit durch sicheres Parken erhöhen, Stadtteile von Parkdruck entlasten!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. April 2018
(Drucksache [19/761 S](#))
4. Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/725 S](#))
5. Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen
Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 19. April 2018
(Drucksache [19/764 S](#))
6. Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. April 2018
(Drucksache [19/769 S](#))

7. Musikschule Bremen und Bremer Volkshochschule zusammenführen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Juni 2018
(Neufassung der Drucksache [19/780 S](#) vom 17. Mai 2018)
(Drucksache [19/801 S](#))

8. Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit
(sexualisierten) Gewalterfahrungen nachhaltig absichern!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Mai 2018
(Drucksache [19/781 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2018
(Drucksache [19/805 S](#))

9. Mit dem Rad zur Arbeit fahren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Juni 2018
(Drucksache [19/790 S](#))

10. Entwicklung des Theaters Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. Mai 2018
(Drucksache [19/786 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/824 S](#))

11. Zusätzliche Hortgruppen zum Schuljahr 2019/2020 einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. August 2018
(Drucksache [19/825 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 29. August 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 30. August 2018)

Nr. 19/1061

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

1. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
vom 29. Mai 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)

(Drucksache [19/1692](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1062

Informationen über Schwangerschaftsabbruch enttabuisieren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1615](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1063

**Information über Schwangerschaftsabbrüche gesetzlich verankern! –
Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 13. Juni 2018

(Drucksache [19/1718](#))

1. Lesung

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1064

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD:

„Klimaziele in Bremen und Deutschland durch Ausbau von Offshore erreichen – Ausstiegsdatum aus Kohlekraft jetzt vereinbaren!“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

"Bremer Häfen brauchen die Weser - keine Alleingänge von Umweltsenator Lohse bei der Ausweisung von Schutzgebieten!"

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1065

Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1221](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1066

Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1794](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1067

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 28. August 2018
Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes
Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts vom 27. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1720](#) vom 19. Juni 2018)
(Drucksache [19/1793](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2017
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/1741](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

3. 5. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der bremischen Verwaltung
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/1742](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Bericht des Senats gemäß § 12 Bremer Informationsfreiheitsgesetz
(BremIFG)

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018
(Drucksache [19/1755](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats
Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/1762](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und
zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im
Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

6. Das parlamentarische Kontrollrecht der Akteneinsicht stärken –
Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt
Bremen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 5. Juni 2018
(Drucksache [19/1703](#))

Der Antrag ist durch die Annahme der Drucksache [19/1766](#) erledigt.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Das parlamentarische Kontrollrecht der Akteneinsicht stärken –
Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt
Bremen

Bericht und Antrag des nicht ständigen Ausschusses gemäß Artikel
125 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
vom 9. August 2018
(Drucksache [19/1766](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 30
vom 17. August 2018
(Drucksache [19/1775](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen
wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau

Julia Stephan

anstelle der Deputierten Dr. Anna Kroh zum Mitglied der staatlichen
Deputation für Kultur.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Gesetz zur Änderung des § 5 des Gesetzes über die Deputationen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1777](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Homophobie entschieden entgegnet: Pseudowissenschaftliche Konversionstherapien endlich verbieten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 28. August 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1789](#) vom 22. August 2018)

(Drucksache [19/1800](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative für ein Verbot von Konversionstherapien zu starten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1068

Schwangerschaftsabbruch – wie ist die aktuelle Situation in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 12. April 2018

(Drucksache [19/1620](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2018

(Drucksache [19/1671](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1069

**Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes –
Schwangeren Frauen in einer Konfliktsituation verlässliche
Informationen zur Verfügung stellen!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. Juni 2018

(Drucksache [19/1722](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1070

Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes – Öffentliche Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1726](#) vom 19. Juni 2018)
(Drucksache [19/1774](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1071

Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 22. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1715](#) vom 12. Juni 2018)
(Drucksache [19/1791](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Entschließungsantrag der Länder Thüringen, Berlin und Brandenburg für ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt im Bundesrat zu unterstützen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die Ausländerbehörden in Bremen und Bremerhaven von Beginn an über Ermittlungen in Fällen rechter und rassistisch motivierter Gewaltstraftaten informiert werden und sie von den bestehenden Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen für die Opfer auf der Grundlage des Aufenthaltsgesetzes vollumfänglich Gebrauch machen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend) und die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1072

Gehaltsniveau A 13 für Grundschullehrkräfte einführen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2018
(Drucksache [19/1729](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1797](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept vorzulegen, das die Kosten einer Höhergruppierung von verbeamteten und angestellten Grundschullehrkräften, einen Vorschlag für die Einpassung in das Besoldungssystem, die Finanzierung sowie die notwendigen Umsetzungsschritte beinhaltet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend) und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1073

Einrichtung einer Interventionsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. März 2018
(Drucksache [19/1577](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2018
(Drucksache [19/1723](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept und einen Zeit-Maßnahmenplan zur Einrichtung einer Interventionsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche zu erstellen. Dieses Angebot muss zusätzlich zu den bestehenden Beratungsstellen gedacht und finanziert sein. Bei der Ausarbeitung des Konzepts für diese Interventionsstelle soll insbesondere auf die Erfahrungen staatlicher Akteure, wie Polizei, Sozialdienst Junge Menschen, Kita, Schulen, Erziehungsberatungsstellen als auch auf nicht staatlicher Akteure, Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte sowie in dem Themenfeld bestehender Beratungsstellen gesetzt werden. Sinnvolle Vernetzungsmöglichkeiten und eine bedarfsorientierte Niedrigschwelligkeit sollen dabei ebenso berücksichtigt werden wie die Ergebnisse der aktuellen IPOS-Studie;
2. das Konzept binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend), den Senator für Inneres, die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1074

Eckpunkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1580](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich in den gegenwärtigen Beratungen der Bundesländer über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland an folgenden Eckpunkten zu orientieren:

1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt mit seinem Auftrag, unabhängig und zuverlässig zu informieren, für die demokratische Kultur des Landes weiterhin unverzichtbar und leistet damit einen Beitrag zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung und trägt mit seiner regionalen Verankerung bedeutend zur Integration der Gesellschaft bei.
2. Damit die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weiter sparsam wirtschaften können, sind insbesondere in den programmfernen Bereichen, wie IT-Verwaltung, Beschaffungswesen und Infrastruktur

verstärkt Kooperationen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einzugehen. Dafür müssen kartellrechtliche Grundlagen geschaffen werden. Die für den 21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag gefundene Betrauungsnorm zielt in die richtige Richtung.

3. Unabhängig von der Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sparsam zu wirtschaften und Kooperationsmöglichkeiten zu nutzen, muss die Finanzierung grundsätzlich dem Auftrag folgen, nicht umgekehrt. Ein prinzipielles Einfrieren des Rundfunkbeitrags – in der jetzigen Höhe, ohne Berücksichtigung der Teuerungsrate und unabhängig vom Auftrag – ist daher abzulehnen. Wie weit dieser Auftrag ausgelegt wird und ob hiervon auch der Erwerb teurer Sportrechte unter besonderen Umständen gedeckt sein kann, ist im Gesamtzusammenhang der jeweiligen Sportrechtevergabe Verhandlungen kritisch und für die Öffentlichkeit transparent zu prüfen.
4. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen transparent mit den Rundfunkbeiträgen umgehen. In der Gesetzgebung, zum Beispiel im Radio Bremen Gesetz und im ZDF-Staatsvertrag, bestehen schon einige entsprechende Vorgaben für die Veröffentlichung von kommerziellen Betätigungen der Rundfunkanstalten, ihrem Verhältnis zu Tochterfirmen, ihren Unternehmensbeteiligungen und den Gehältern von Intendantinnen, Intendanten sowie Direktorinnen und Direktoren. Solche Fortschritte sind weiter zu fördern und alle Bestrebungen, die Transparenz zu verbessern, zu unterstützen.
5. Die föderale Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist von großem Nutzen für die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Deutschlands. Die föderale Struktur ermöglicht eine regionale Berichterstattung und damit eine dezentrale öffentliche Information und Meinungsbildung. Und sie ermöglicht zudem die Förderung von Regionalsprachen wie dem Niederdeutschen, wie sie in der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen vorgeschrieben ist. Die föderale Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in Zeiten zunehmender Vereinzelung und politischer Polarisierung ein wichtiger Faktor des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
6. Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es auch, die Perspektive von Menschen mit Beeinträchtigungen abzubilden.
7. Der veraltete Telemedienauftrag für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist zu verbessern und zeitgemäß zu gestalten. Damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag auch im digitalen Zeitalter weiter erfüllen kann, muss sein Auftrag auch die Verbreitung von Information, Bildung und Unterhaltung im Netz mit den dort üblichen Darstellungsmitteln umfassen. Aktuelle Stichpunkte sind hierbei die Verweildauer von Sendungen in den Mediatheken und die rechtliche Bewertung presseähnlicher Angebote. Zur Nutzung von Telemedien gehört auch der Auftrag an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die heutigen Kommunikationswege im Netz verstärkt für

einen umfassenden Dialog mit seinem Publikum zu nutzen. Dies schafft Vertrauen und Transparenz.

8. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte eine eigene, gemeinsame, offene und nicht kommerzielle Plattform entwickeln können. Dabei sind „offene Standards“ einzuhalten. Ebenfalls sollten Texte und geeignete Software, wie zum Beispiel die Aussprachedatenbank der ARD, unter einer Creative-Commons-Lizenz für eine nicht kommerzielle Nutzung veröffentlicht werden. Die Archive des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – als elektronisches Gedächtnis der Gesellschaft – sollten im Rahmen der technischen und der rechtlichen Möglichkeit nach und nach der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zudem sollten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Verbreitung ihrer Inhalte auf Plattformen Dritter weiter nutzen.
9. Es ist sinnvoll, wenn die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und der Programmautonomie weitere Kooperationen mit Einrichtungen aus den Bereichen Bildung und Kultur aufbauen, um vorhandene Informationen und vorhandenes Wissen zu ordnen und für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar zu machen.
10. Um die Medienkompetenz zu fördern, sind auch weitere Kooperationen mit Schulen und Bildungseinrichtungen zu suchen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatskanzlei zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1075

Öffentlichen Rundfunk fokussieren – Rundfunkbeiträge langfristig senken!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. Juni 2018
(Drucksache [19/1719](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1076

Zweiundzwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 22. RÄStV)

Mitteilung des Senats vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1781](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1077

Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1240](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1078

Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 14. März 2018
(Drucksache [19/1590](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 30. August 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 31. August 2018)

Nr. 19/1079

Fragestunde

1. Schulgeldfreiheit auch für weitere Berufe aus dem Gesundheitssektor beziehungsweise für Berufe zur Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 14. Juni 2018
2. Wechseln von Lehrkräften zwischen Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 14. Juni 2018
3. Vollzogene oder versuchte Suizide von Geflüchteten auch in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 14. Juni 2018
4. Schulverweigerung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 18. Juni 2018
5. Unfälle mit älteren Autofahrern
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 18. Juni 2018
6. Berittene Polizei
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 18. Juni 2018
7. Ist die Ausweitung von Anbietungspflichten für das Bundesarchiv sinnvoll?
Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Juni 2018
8. Steht der Senat zur Entkriminalisierung von Menschen, die Cannabis konsumieren?
Anfrage der Abgeordneten Nima Pirooznia, Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juni 2018
9. Die AfD und die Pressefreiheit – Artikel 5 Grundgesetz in Gefahr?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juni 2018
10. Betriebliche Ausbildung durch eine steuerliche Entlastung attraktiver machen

Anfrage der Abgeordneten Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 25. Juni 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Privatisierung von WestSpiel – Folgen für die Bremer Spielbank
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 27. Juni 2018
12. Umgehung der Pfandpflicht im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 19. Juli 2018
13. Zahl und Qualität der Ausbildungsduldungen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 19. Juli 2018
14. Einnahmegenerierung fragwürdiger Werderfans
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 19. Juli 2018
15. Abschlussbezogene Weiterbildungen fördern
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. August 2018
16. Kooperiert der Verfassungsschutz mit der AfD?
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. August 2018
17. Verdacht auf Einfuhr von Fischmehl aus der Westsahara
Anfrage der Abgeordneten Christian Weber, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. August 2018
18. Teilnehmerinnen/Teilnehmer bei „Kids in die Bäder“
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 15. August 2018
19. Schusswaffentraining von Linksextremisten
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 22. August 2018
20. Umgang mit dem Patienten-Stammblatt
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 22. August 2018
21. Hauptverfahren Baustellen-Überfall
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. August 2018
22. Haftverbüßung ausländischer Straftäter im Heimatland
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. August 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1080

Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung vermeiden

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/1130](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1081

Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 7. März 2018
(Drucksache [19/1571](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1082

Sicherheit statt Koalitionskrach – Eine handlungsfähige Polizei benötigt eine zeitgemäße Rechtsgrundlage – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Juni 2018
(Drucksache [19/1732](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1083

Menschenleben retten ist kein Verbrechen!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 24. August 2018

(Drucksache [19/1792](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jede Kriminalisierung von Seenotrettung.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen im Land Bremen aufzunehmen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1084

Seenotrettung als Bestandteil des Völkerrechts gewährleisten – Fluchtursachen und Schleusungskriminalität auf europäischer Ebene bekämpfen!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

vom 28. August 2018

(Drucksache [19/1795](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1085

Keine Fahrverbote an bundesuneinheitlichen Feiertagen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 4. Juli 2018
(Drucksache [19/1749](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1086

**Jetzt in den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einsteigen –
Bundesratsinitiative für Modellprojekte starten!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1568](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1087

Zurück zum Grundgesetz: Netzwerkdurchsetzungsgesetz bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 21. März 2018
(Drucksache [19/1599](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1088

Berufsabitur auch in Bremen einführen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1614](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1089

Umweltbezogenen Anteil bei den Hafengebühren für die bremischen Häfen stärken, Landstrom ausbauen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 30. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1617](#) vom 11. April 2018)
(Drucksache [19/1805](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat:

1. die Ausweitung des umweltbezogenen Anteils bei den Hafengebühren der bremischen Häfen unter Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen zu prüfen und dabei auch die ESI-Rabatte einzubeziehen.
2. das Hamburger Modell einer zusätzlichen Umweltkomponente sowohl rechtlich wie vom Verwaltungsaufwand her zu bewerten.
3. den Wegfall der Beschränkung auf 25 Schiffe für diese ESI-Rabatte in der Hafengebührenordnung zum 1. Januar 2019 unter Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen vorzusehen.
4. die Wirkung, die Kosten und den Nutzen einer solchen Umweltkomponente fortlaufend zu evaluieren.
5. über die Ergebnisse der Punkte 1 bis 3 im Rahmen der turnusmäßigen Änderung der Hafengebührenordnung zum 1. Januar 2019 zu berichten.
6. sich in Abstimmung mit der Weltschifffahrtsorganisation IMO für eine Vereinheitlichung der technischen Systeme bei Landstrom einzusetzen und darüber hinaus den Ausbau der Landstrominfrastruktur in Bremerhaven im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu überprüfen und zu bewerten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1090

Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie zur Aufhebung der Bekanntmachung über die federführende Behörde nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der Verordnung über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2018

(Drucksache [19/1695](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1091

Geschlechtergerechte Weiterentwicklung der "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" – GRW-Fortschreibung 2020 für Veränderungen nutzen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 28. Juni 2018

(Drucksache [19/1740](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1092

Bremisches Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmäler (Bremisches Denkmalschutzgesetz - BremDSchG)

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018

(Drucksache [19/1754](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1093

Bremische Landesbauordnung

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/1768](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1094

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord
Eigenbetrieb des Landes Bremen**

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/1772](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1095

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Sparsam, wirkungsarm, männerzentriert? Zur Bilanz der Wirtschaftsförderung nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) und seiner Arbeitplatzeffekte 2007 bis 2017
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1567](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1637](#))
2. Mehr Altenpflegekräfte braucht das Land – für ein Sofortprogramm
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1616](#))
3. Mutterschutz von Anfang an
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1618](#))
4. Versorgungs- und Rechtssicherheit für Medizinalhanf-Patienteninnen und Medizinalhanf-Patienten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. April 2018
(Drucksache [19/1628](#))
5. Innere Sicherheit erster Schritt: Ehrlichkeit in der Statistik
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 26. April 2018
(Drucksache [19/1651](#))
6. Flüchtlingsbeschulung an den Asylstatus koppeln
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 3. Mai 2018
(Drucksache [19/1652](#))
7. Ein neuer Impuls für Bremen. Machbarkeitsstudie für medizinische Fakultät in Auftrag geben
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1657](#))
Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Juni 2018
(Drucksache [19/1710](#))

8. Die bestehenden Notfallambulanzen durch Portalpraxen entlasten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1658](#))
9. Wie hoch ist der Investitionsstau in den Kliniken des Landes Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1659](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018
(Drucksache [19/1756](#))
10. Pflege emanzipieren, attraktiver und professioneller machen – die
Einrichtung einer Pflegekammer prüfen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1678](#))
11. Hochschulübergreifende Kooperationen. Hemmnisse, Grenzen und
Potenziale erkennen.
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1679](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/1769](#))
12. Beschäftigungssituation der studentischen Hilfskräfte
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1680](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1782](#))
13. Das Ausland macht es besser – Islam- und Asylgesetzgebung
anpassen
Antrag des Abgeordneten Tassis (AfD)
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1690](#))
14. Sicherheit in Bremen nicht durch ausländische Konflikte und
importierten Extremismus gefährden
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1691](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2018
(Drucksache [19/1750](#))

15. Reichtum gerechter verteilen - Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/1081](#))

16. Reichtum gerechter verteilen - Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 5. Juni 2018
(Drucksache [19/1694](#))

17. Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2018
(Drucksache [19/1697](#))

18. Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen. Deutsche Kultur als Leitbild zur Integration in die Bremische Landesverfassung

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. Juni 2018
(Drucksache [19/1704](#))
1. Lesung

19. Kopftuchverbot an Grundschulen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. Juni 2018
(Drucksache [19/1705](#))

20. Sanierungsstau auf Bremens Straßen gezielt abbauen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Juni 2018
(Drucksache [19/1709](#))

21. Ambulante Notfallversorgung dauerhaft verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2018
(Drucksache [19/1730](#))

22. Hospizbedarfe in Bremen ermitteln – Versorgung der Anspruchsberechtigten stärken!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1248](#))

23. Hospizbedarfe in Bremen ermitteln – Versorgung der Anspruchsberechtigten stärken!

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

vom 25. Juni 2018

(Drucksache [19/1731](#))

24. Wie beurteilt der Senat die derzeitige Situation im Strafvollzug in Bremen?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 26. Juni 2018

(Drucksache [19/1736](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018

(Drucksache [19/1757](#))

25. Umgang mit Drogen im Strafvollzug

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 26. Juni 2018

(Drucksache [19/1737](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018

(Drucksache [19/1758](#))

26. Zur Situation der Lehrkräfte für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik an den Schulen in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 28. Juni 2018

(Drucksache [19/1738](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018

(Drucksache [19/1764](#))

27. Insekten schützen – Pestizide verbieten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 28. Juni 2018

(Drucksache [19/1739](#))

28. Berufs- und Studienvorbereitung an Bremer Schulen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. Juli 2018

(Drucksache [19/1753](#))

29. Konzept „Beitragsfreiheit in Kindergartengruppen im Land Bremen“

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018

(Drucksache [19/1763](#))

30. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/1450](#))

31. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 7. August 2018
(Drucksache [19/1765](#))
32. Anbieterkreis für Unterstützungsleistungen im Alltag ausweiten –
Pflegebedürftige und Angehörige entlasten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. August 2018
(Drucksache [19/1767](#))
33. Feststellungen und Bewertungen des staatlichen
Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile an
der Bremer Landesbank
Bericht des staatlichen Controllingausschusses
vom 20. August 2018
(Drucksache [19/1776](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

4276.) STRASSEN BENENNUNG
Hans-Neumann-Weg
(Vorlage 2318/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2318/19 die vorgeschlagene
Straßenbenennung mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und
Genderprüfung“ wird vor dem letzten Satz folgender Satz ergänzt: „Das
Entscheidungsrecht für Straßenbenennungen mit Stadtteilbezug liegt bei
den Beiräten.“
- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und
Genderprüfung“ wird im letzten Satz hinter dem Wort „berücksichtigen“ in
Klammern „Senatsbeschluss vom 02.09.2008“ eingefügt.

4277.) STRASSEN BENENNUNG
Leo-Drabent-Weg
(Vorlage 2319/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2319/19 die vorgeschlagene Straßenbenennung mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Genderprüfung“ wird vor dem letzten Satz folgender Satz ergänzt: „Das Entscheidungsrecht für Straßenbenennungen mit Stadtteilbezug liegt bei den Beiräten.“
- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Genderprüfung“ wird im letzten Satz hinter dem Wort „berücksichtigen“ in Klammern „Senatsbeschluss vom 02.09.2008“ eingefügt.

4278.) STRASSEN BENENNUNG
Karl-Lüneburg-Straße
(Vorlage 2320/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2320/19 die vorgeschlagene Straßenbenennung mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Genderprüfung“ wird vor dem letzten Satz folgender Satz ergänzt: „Das Entscheidungsrecht für Straßenbenennungen mit Stadtteilbezug liegt bei den Beiräten.“
- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Genderprüfung“ wird im letzten Satz hinter dem Wort „berücksichtigen“ in Klammern „Senatsbeschluss vom 02.09.2008“ eingefügt.

4279.) TEILUMBENENNUNG der Straße
Karl-Ferdinand-Braun-Straße
(Vorlage 2321/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2321/19 die vorgeschlagene Straßenbenennung mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Genderprüfung“ wird vor dem letzten Satz folgender Satz ergänzt: „Das Entscheidungsrecht für Straßenbenennungen mit Stadtteilbezug liegt bei den Beiräten.“
- Unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Genderprüfung“ wird im letzten Satz hinter dem Wort „berücksichtigen“ in Klammern „Senatsbeschluss vom 02.09.2008“ eingefügt.

4280.) Novellierung des Regelwerks Cashmanagement
(Vorlage 2322/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2322/19 das überarbeitete Regelwerk für die zum Cashmanagement gehörenden Einheiten mit der Maßgabe folgender Änderung:
 - Unter „B. Lösung“ wird der letzte Satz vor den Aufzählungen ersatzlos gestrichen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen dieses Regelwerk dem Haushalts- und Finanzausschuss der Bürgerschaft zur Zustimmung vorzulegen.

- 4281.) "Vor einhundert Jahren – Vom vordemokratischen Achtklassenwahlrecht über die Räterepublik zu allgemeinen und gleichen Wahlen in Bremen – Die Geburtswehen der modernen repräsentativen Demokratie in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2323/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2323/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 1 wird im vierten Satz „(28.06.18)“ ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 5
 - wird im ersten Satz das Wort „Vorschlagsrecht“ ersetzt durch das Wort „Entscheidungsrecht“ und am Ende „sofern sie stadtteilbezogen ist“ ergänzt.
 - werden im vierten Satz vor dem Wort „Akteuren“ die Worte „Akteurinnen und“ eingefügt.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4282.) "Antisemitismus im Lande Bremen entschlossen bekämpfen"
(Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)
(Vorlage 2324/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2 den Bericht auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, DIE LINKE und FDP vom 25. Januar 2018 (Drs. 19/1498) sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter Punkt 2.3 der Mitteilung des Senats wird der letzte Absatz wie folgt neu gefasst:

„Der Senat steht solchen Aktionen strikt ablehnend gegenüber.
Sie werden der komplexen Problemlage nicht gerecht und erschweren
einen Ausgleich der Interessen in der Region.

Darüber hinaus widersprechen nach Auffassung des Senats solche
Aktionen der deutschen historischen, politischen und moralischen
Verantwortung für das jüdische Leben.“

- Unter Punkt 3.1 der Mitteilung des Senats wird im elftletzten Absatz,
zweiter Satz das Wort „einem“ ersetzt durch das Wort „eine“.
- Unter Punkt 4.1 der Mitteilung des Senats werden im dritten Absatz,
erster Satz die Worte „das Bildungsressort“ ersetzt durch das Wort
„Bildung“.
- Unter Punkt 4.1.1 der Mitteilung des Senats wird der viertletzte Satz
ersatzlos gestrichen.
- Unter Punkt 4.3 der Mitteilung des Senats werden im ersten Absatz,
sechster Satz hinter der Zahl „2016“ die Worte „veranstaltete die
Universität Bremen“ ersatzlos gestrichen.
- Unter Punkt 4.4 der Mitteilung des Senats werden im drittletzten Absatz,
erster Satz die Worte „In fortgeschrittener Planung befindet sich eine
Kooperation“ ersetzt durch die Worte „Unterzeichnet wurde im August
2018 eine Kooperationsvereinbarung“.
- Unter Punkt 4.4 der Mitteilung des Senats wird im vorletzten Absatz das
Wort „Deutschland“ ersetzt durch das Wort „Deutschland-“.
- Unter Punkt 4.9 der Mitteilung des Senats werden beim zweiten
Aufzählungspunkt am Ende die Buchstaben „XX“ ersetzt durch die Zahl
„6“.

- 4283.) EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:
Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum
(BRIG) GmbH in 2018 bis 2020
(Vorlage 2325/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen vom 03.09.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 03.09.2018 der Förderung der Maßnahme „Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH in 2018 bis 2020“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von bis zu € 1.170.000.

2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen und der sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 i.H.v. insgesamt € 780.000 zu.
Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

- 4284.) Fortschreibung des Landeskrankenhausplans 2018-2021
hier: Krankenhausrahmenplan 2018-2021
(Vorlage 2326/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 31.08.2018)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 11. September 2018 aus.

- 4285.) Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt
Bremen zum 30.06.2018
(Vorlage 2327/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2327/19 den Bericht über die
Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum
30.06.2018 zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht über die
Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum
30.06.2018 dem Controllingausschuss zuzuleiten.

- 4286.) Neufassung der RL-Bau
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 29.08.2018 und Neufassung
der Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 03.09.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Tischvorlage der
Senatorin für Finanzen vom 03.09.2018 die RLBau 2018.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft Arbeit und Häfen sowie den
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, die RLBau 2018 den zuständigen
Fachdeputationen zur Zustimmung vorzulegen.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die RLBau 2018 dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Zustimmung vorzulegen.
4. Die Senatorin für Finanzen wird ermächtigt, bei Änderungen von bremischen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften oder Gesetzen und Verwaltungsvorschriften Dritter, auf die im Text der RLBau referenziert wird, die RLBau ohne Beteiligung des Senats regelmäßig - mindestens aber jährlich inhaltsgleich - anzupassen und diese Änderungen in der Verwaltung bekanntzumachen. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, nach spätestens drei Jahren dem Senat über die Erfahrungen mit der neuen RL Bau zu berichten.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die novellierte Richtlinie bei den unmittelbaren und mittelbaren Mehrheitsbeteiligungen der FHB mit eigenen Grundstücken (im Betriebsvermögen) einzuführen soweit rechtlich und wirtschaftlich vertretbar und hierzu entsprechende Gesellschafter-/Trägerbeschlüsse herbeizuführen.
Sofern künftig weitere unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungen der FHB eigene Grundstücke (im Betriebsvermögen) halten, bittet der Senat die Senatorin für Finanzen im Einvernehmen mit den zuständigen Fachressorts, die novellierte Richtlinie bei diesen ebenfalls verbindlich einzuführen und hierzu entsprechende Gesellschafter-/Trägerbeschlüsse herbeizuführen.
6. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, rechtzeitig zum nächsten Doppelhaushalt einen Vorschlag zur Einrichtung eines Bauprogrammes für Schul- und Kita-Bauten vorzulegen, um die weiterhin gebotene Verfahrensbeschleunigung für innerhalb eines Haushaltsjahres sich konkretisierende Baumaßnahmen zu sichern.
7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, ihm vierteljährlich über die vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Mittelfreigaben der Baukosten zu berichten.

8. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ressorts und dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen zur Wahrung der Belange der gewerblichen Investitionsförderung im Rahmen des LIP 2014 abzuschließen und spätestens im ersten Quartal 2019 über den Abschluss zu berichten.